

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/002(V)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag, 17.09.2009	Mensa Baudezernat, An der Steinkuhle 6	17:00Uhr	21:40Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 27.08.2009
- 4 **Lenkungsausschuss Buckau**
- 5 **Beschlussvorlagen**
 - 5.1 Abschnittsbildung und Kostenspaltung in der Verkehrsanlage
"Braunschweiger Straße von Otto-Richter-Straße bis Wolfenbütteler
Straße"
Vorlage: DS0273/09
FB 62
 - 5.2 Abschnittsbildung in der Verkehrsanlage "Mörikestraße von Breit-
scheidstraße bis Lenaustraße"
Vorlage: DS0370/09
FB 62
 - 5.3 Kostenspaltung in der Verkehrsanlage "Kleiberweg" von "Harsdor-
fer Straße" bis "Vogelbreite"
Vorlage: DS0371/09
FB 62

- 5.4 Ausbau Eisenbahnknoten Magdeburg - Baustein Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee
Vorlage: DS0266/09
Amt 66
- 5.5 Widmung von Straßen im B-Plan-Gebiet 484-1 "Welsleber Straße" zu Gemeindestraßen
Vorlage: DS0260/09
Amt 66
- 5.6 Widmung von Straßen im B-Plan-Gebiet 353-1, 2.Ä "Wanzleber Chaussee/ Königstraße" zu Gemeindestraßen
Vorlage: DS0262/09
Amt 66
- 5.7 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 205-2 "Steinkuhle Süd" im Teilbereich A und Vergrößerung des Geltungsbereichs
Vorlage: DS0057/09
Amt 61
- 5.7.1 Information zur Drucksache DS0057/09 und Änderungsantrag DS0057/09/1 "Änderung des Bebauungsplanes Nr. 205-2 "Steinkuhle Süd" im Teilbereich A und Vergrößerung des Geltungsbereichs"
Vorlage: I0198/09
Amt 61
- 5.8 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 237-2 "Zentraler Platz/ Elbufer" im Teilbereich B
Vorlage: DS0122/09
Amt 61
- 5.8.1 Power-Point-Präsentation "Wettbewerb-Zentraler Platz"
WOBAU
- 5.9 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 206-2 "Lorenzweg/ Steinkuhle"
Vorlage: DS0232/09
Amt 61
- 5.10 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 116-1 "Kannenstieg"
Vorlage: DS0235/09
Amt 61

- 5.11 Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 230-2 "Nachnutzung Krankenhaus Altstadt"
Vorlage: DS0250/09
Amt 61
- 5.12 Satzung zum Bebauungsplan Nr. 230-2 "Krankenhaus Altstadt"
Vorlage: DS0251/09
Amt 61
- 5.13 Behandlung der Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 367-1 "Straßenbau Diesdorf", einschließlich der ersatzweisen Planung nach § 28 Abs. 3 PbefG und der durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfung für das Straßenbahnbauprojekt
Vorlage: DS0258/09
Amt 61
- 5.14 Satzung zum Bebauungsplan Nr. 367-1 "Straßenbau Diesdorf", einschließlich der ersatzweisen Planung nach § 28 Abs. 3 PbefG und der durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfung für das Straßenbahnbauprojekt
Vorlage: DS0259/09
Amt 61
- 5.15 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 142-1 "Othrichstraße/ Resewitzstraße"
Vorlage: DS0261/09
Amt 61
- 5.15.1 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 142-1 "Othrichstraße/ Resewitzstraße"
Vorlage: DS0261/09/1
Ausschuss für Umwelt und Energie
- 5.16 Aufstellung und Entwurf des einfachen Bebauungsplanes Nr. 137-1 "Hundisburger Straße"
Vorlage: DS0276/09
Amt 61
- 5.17 Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 103-7 "August-Bebel-Damm/ nördlich Hohenwarther Straße"
Vorlage: DS0330/09
Amt 61

- 5.18 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 111-5 "Milchweg/ Birkenweiler 4. Gartenweg"
Vorlage: DS0331/09
Amt 61
- 5.19 Stellungnahme zur Prüfungsmittelung des Landesrechnungshofes LSA über die überörtliche Prüfung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 29. Mai 2009
Vorlage: DS0332/09
Amt 61
- 5.20 Grundsatzbeschluss für die Antragstellung zur Aufnahme der Neustadt in das Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die soz. Stadt"
Vorlage: DS0355/09
Amt 61
- 6 Anträge**
- 6.1 Parkplätze Klinikum Olvenstedt
Vorlage: A0248/08
CDU/BfM-Ratsfraktion
- 6.1.1 Parkplätze Klinikum Olvenstedt
Vorlage: A0248/08/1
SPD-Tierschutzpartei-future!
- 6.1.2 Parkplätze Klinikum Olvenstedt
Vorlage: A0248/08/2
future!
- 6.1.3 Parkplätze Klinikum Olvenstedt
Vorlage: S0047/09
II/01
- 6.2 Aussetzen der Umstellung des Sammelsystems der Wertstoffentsorgung
Vorlage: A0152/09
SPD-Tierschutzpartei-future!
- 6.2.1 Aussetzen der Umstellung des Sammelsystems der Wertstoffentsorgung
Vorlage: S0261/09
SAB

- 6.3 Sanierung der Humboldt-Sporthalle
Vorlage: A0103/09
DIE LINKE
- 6.3.1 Sanierung der Humboldt-Sporthalle
Vorlage: S0153/09
FB 40
- 6.4 Rekonstruktion in der KJFE "Banane"
Vorlage: A0049/09
DIE LINKE
- 6.4.1 Rekonstruktion in der KJFE "Banane"
Vorlage: S0125/09
KGM
- 6.5 Abbau der Lichtsignalanlage Kreuzung Breiter Weg/Julius-Bremer-
Straße
Vorlage: A0140/09
CDU/BfM-Ratsfraktion
- 6.5.1 Abbau der Lichtsignalanlage Kreuzung Breiter Weg/Julius-Bremer-
Straße
Vorlage: S0241/09
Amt 66
- 7 Informationen**
- 7.1 Aufgabenstellung für die EU-weite Ausschreibung der Planungsleis-
tungen für eine neue Elbquerung zwischen dem Stadtzentrum den
ostalbischen Stadtteilen im Bereich der Zollelbe und Alten Elbe
Vorlage: I0207/09
Amt 61
- 7.2 Förderprogramm Soziale Stadt Kannenstieg/Neustädter See, Planung
und Gestaltung des südwestlichen Seeufers und Integration der östli-
chen Salvador-Allende-Straße
Vorlage: I0165/09
Amt 61
- 8 Mitteilungen und Anfragen**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Olaf Czogalla

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadtrat Mirko Stage

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Mario Grünewald

Stadtrat Bernd Krause

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Geschäftsführung

Frau Corinna Nürnberg

Frau Anja Schulze

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Vertreter Stadtrat Salzborn

 Öffentliche Sitzung

 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtrat Czogalla eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste.

 2. Bestätigung der Tagesordnung

Aufgrund des TOP 5.4 und zu erwartender umfassender Diskussion schlägt der Vorsitzende eine Redezeitbegrenzung von 6 min. je Ausschussmitglied vor. Dieser Antrag zur Geschäftsordnung wird teilweise kontrovers diskutiert.

Abstimmung zum GO-Antrag: 3-2-1

Zahlreiche Bürger sind zur öffentlichen Sitzung ebenfalls zum TOP 5.4 erschienen. Der Vorsitzende lässt über die Unterbrechung der Sitzung zur Anhörung von 2 Vertretern abstimmen.

Abstimmung: 3-3-0 abgelehnt

Abstimmung zur Tagesordnung: 3 – 1 – 2

 3. Genehmigung der Niederschrift vom 27.08.2009

Korrekturwunsch von Herrn Herrmann (61.5)

6.15.	"Planung und Realisierung eines Rundweges am Neustädter See", hier 1. BA (Förderprogramm Soz. Stadt, Maßnahme Kan- nenstieg-Neustädter See)	DS0213/09
-------	--	-----------

Herr Herrmann (Amt 61) erläutert die Planung und Realisierung des Rundweges am Neustädter See. Der Baubeginn verschiebt sich ins Jahr 2010. Auf einer Bürgerinformationsveranstaltung ist teilweise sehr kontrovers diskutiert worden zur Gestaltung des Weges. Aber vom Grundsatz her wird die Baumaßnahme von den begrüßt.

Gelöscht: Anliegen

Aber vom Grundsatz her wird die Baumaßnahme von den Bewohnern des Stadtteils begrüßt.

Stadtrat Stern die Machbarkeitsstudie sagt aus, dass sehr viele private Eigentümer betroffen sind.

Herr Herrmann (Amt 61) teilt mit, dass das Planfeststellungsverfahren den 2. Beschlusspunkt umfasst.

Stadtrat Rohrßen fragt, warum schon jetzt angefangen wird mit dem Bau des Rundweges. Die Stadt ist doch noch nicht Eigentümer aller Flächen, die den Rundweg betreffen.

Herr Herrmann (Amt 61) erläutert die Eigenständigkeit und Funktionalität der Teillänge, die darüber hinaus auch der Vorbereitung der Neuordnung des Strandbades dienen soll.

Herr Olbricht (Al 61) teilt dazu noch mit, dass es auch um die Entflechtung der Erschließung der Wochenendsiedlung vom Strandbad bei diesem Teilabschnitt geht.

Stadtrat Stage begrüßt das Vorhaben und hofft auf eine zügige Gesamtlösung.

Stadtrat Rohrßen möchte wissen, wie viele private Eigentümer es gibt.

Herr Dr. Scheidemann (Bg VI) möchte die Frage nach den Eigentümern erst mit dem Planfeststellungsverfahren beantworten unter Darstellung der Varianten.

Abstimmung zur DS0213/09: 9-0-0

[Weiterhin teilt die Verwaltung den Stadträten auf ihren Wunsch hin mit, wo der aktuelle Stand der Bebauungspläne im Internet eingesehen werden kann.](#)

[www.magdeburg.de/Bürger/Planen und Bauen/Bebauungspläne](http://www.magdeburg.de/Bürger/Planen_und_Bauen/Bebauungspläne)

Feldfunktion geändert

Abstimmung zur geänderten Niederschrift: 6 – 0 – 1

4. Lenkungsausschuss Buckau

Herr Hollemann (BauBeCon) informiert, dass der Eigentümer „Mückenwirt“ am 08.09.2009 erneut schriftlich aufgefordert wurde, die Poller zu ersetzen. Erfolgt keine Reaktion, so beabsichtigt die BauBeCon, die Einbetonierung selbst zu veranlassen.

Als Anlage beigefügt ist das Schreiben an die Betreibergesellschaft des Mückenwirtes mit der Aufforderung, den fehlenden Poller wieder aufzustellen.

5. Beschlussvorlagen

- 5.1. Abschnittsbildung und Kostenspaltung in der Verkehrsanlage
"Braunschweiger Straße von Otto-Richter-Straße bis Wolfenbütteler Straße"
Vorlage: DS0273/09
-

Frau Scheerenberg (FB 62) bringt die Vorlage ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** mit Beschlussnummer: **StBV010-02(V)/09**.

Beschlussvorschlag:

Für den Ausbau der Teileinrichtungen Gehweg (Südseite), Oberflächenentwässerung, Beleuchtung und Parkflächen in dem Abschnitt von Otto-Richter-Straße bis Kroatenweg in der Verkehrsanlage „Braunschweiger Straße von Otto-Richter-Straße bis Wolfenbütteler Straße“ werden Straßenausbaubeiträge im Wege der Abschnittsbildung gemäß § 6 Abs. 4 Kommunalabgabengesetz LSA in Verbindung mit §§ 9 und 11 Straßenausbaubeitragssatzung und im Wege der Kos-

tenspaltung gemäß § 6 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz LSA in Verbindung mit §§ 8 und 11 Straßenausbaubeitragssatzung erhoben.

- 5.2. Abschnittsbildung in der Verkehrsanlage "Mörikestraße von Breitscheidstraße bis Lenaustraße"
Vorlage: DS0370/09
-

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** mit Beschlussnummer: **StBV011-02(V)/09**.

Beschlussvorschlag:

Für den Ausbau des Abschnittes von Breitscheidstraße bis zur Einmündung der Hauffstraße in der Verkehrsanlage „Mörikestraße von Breitscheidstraße bis Lenaustraße“ werden Straßenausbaubeiträge im Wege der Abschnittsbildung gemäß § 6 Abs. 4 Kommunalabgabengesetz LSA in Verbindung mit §§ 9 und 11 Straßenausbaubeitragssatzung erhoben.

- 5.3. Kostenspaltung in der Verkehrsanlage "Kleiberweg" von "Harsdorfer Straße" bis "Vogelbreite"
Vorlage: DS0371/09
-

Stadtrat Rohrßen trifft 17.20 Uhr zur Sitzung ein. In Kenntnis der Redezeitbegrenzung bringt er sein Unverständnis zum Ausdruck.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** mit Beschlussnummer: **StBV012-02(V)/09**.

Beschlussvorschlag:

Für den Ausbau der Teileinrichtungen Gehweg und Entwässerung in der Verkehrsanlage „Kleiberweg“ von „Harsdorfer Straße“ bis „Vogelbreite“ werden Straßenausbaubeiträge im Wege der Kostenspaltung gemäß § 6 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz LSA in Verbindung mit §§ 8 und 11 Straßenausbaubeitragssatzung erhoben.

- 5.4. Ausbau Eisenbahnknoten Magdeburg - Baustein Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee
Vorlage: DS0266/09
-

*Stadtrat Hans-Jörg Schuster nimmt ab 17.25 Uhr an der Sitzung teil.
Stadtrat Grünewald nimmt ab 17.50 Uhr an der Sitzung teil.*

Herr Dr. Scheidemann (Bg VI) bringt die Drucksache ein.

Herr Radetzky (DB Netz AG) ist als Bauherrenvertreter anwesend. Insbesondere geht er in seinen Ausführungen auf die Notwendigkeit der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Eisenbahnknotens gesamt näher ein. Hierbei geht es um ein langfristiges Investitionsprogramm und –paket der DB AG.

Insbesondere umfasst die 2. Ausbaustufe den innerstädtischen Bereich der LH MD. Die Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee (EÜ ERA) ist dabei ein Baustein dieser 2. Ausbaustufe aus dem Maßnahmenpaket und der Brückenbauwerke. Zielstellung ist der Bau einer neuen zukunfts-trächtigen Lösung.

Herr Behrend (DB Netz AG, Rechtsabteilung) erläutert das „Änderungsverlangen“ bei Beseitigung von höhengleichen Bahnüberführungen. Die vorhandene Eisenbahnüberführung soll nicht nur geändert, sondern grundlegend erneuert werden. Die vorhandene Durchfahrtshöhe ist nicht ausreichend. Nach § 12 EKRg ergibt sich somit, das Verlangen gegenüber dem Baulastträger der Straße durchzusetzen und diesen finanziell zu beteiligen.

Herr Gebhardt (AL 66) setzt mit der Einbringung der Vorlage fort. Anhand einer Power-Point-Präsentation werden die beabsichtigten Maßnahmen nach der -1 Variante erläutert. Die zu geringe Durchfahrtshöhe für den motorisierten Individualverkehr und der Straßenbahn unter den Gewölbebrücken zwingt die Stadt zum Handeln. Zzt. ist auf der Straße eine Fahrzeugbelegung von 33.000 Fahrzeugen. Die bestehenden Verkehrsströme und deren derzeitige Führung werden dargestellt. Mit Hinweis auf das Verkehrskonzept „Innenstadt“ verdeutlicht er die Bedeutung der Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsanlage. Am Ende seiner Ausführungen geht er auf die Vorzüge der Vorzugsvariante der Verwaltung mit dem Ziel des niveaufreien Kfz-Verkehrs am Hauptbahnhof ein.

Dr. Scheidemann (Bg VI) ergänzt an dieser Stelle, dass die technische Lösung und alle nunmehr erforderlichen Verträge zur Entscheidungsfindung vorgelegt und Inhalt der Darstellung in der Drucksache sind.

Stadtrat Rohrßen stellt einen GO-Antrag zur Redezeitbegrenzung. 6 min. Redezeit sind für den Fachausschuss zu wenig. Er gibt zu bedenken, dass u. U. so die Stadträte auch eher dazu neigen, diese DS abzulehnen. Er möchte alle Fragen stellen können und sein Informationsbedürfnis sollte umfassend befriedigt werden.

Stadtrat Canehl erhält das Wort. Das Verkehrskonzept „Innenstadt“ beinhaltet andere Prämissen mit der Zielsetzung der Reduzierung der Verkehrsbelegung. Er fragt, warum überhaupt erneut über den Tunnel nach der Grundsatzentscheidung 2006 diskutiert wird. 2006 wurde eine andere Planung mit Vierspurigkeit beschlossen. Der Anschluss des City-Carré's in beide Richtungen und die Anbindung des Kölner Platzes waren vorgesehen.

Die vorgeschlagene Variante der Stadt führt zur Verschlechterung der Fuß- und Radwegebeziehungen. Die angedachte Stufenlösung zu den Bahngleisen können mobilitätseingeschränkte Bürger nicht nutzen. Er spricht sich gegen den Tunnelbau aus. Er kann zudem die Ausführungen des AL 66 insbesondere zum Wenden in Höhe Weinarkade nicht nachvollziehen. Das Projekt mit einem Wertumfang von 45 Mio. € gesamt verschlechtert die verkehrliche Situation. Stadtrat Canehl spricht gleichzeitig als Vorsitzender der Bürgerinitiative und möchte, dass die Verwaltung auf die Variante der Bürgerinitiative eingeht.

Herr Gebhardt (AL 66) geht erneut auf das Verkehrskonzept ein und führt aus, dass der Abschnitt Otto-von-Guericke-Straße und Magdeburger Ring als Hauptverkehrsanlage ausgebildet ist. Die Treppenanlage der DB AG birgt einen Höhenunterschied von 1,10 m bis 1,20 m in sich. Die DB AG hält Parkmöglichkeiten auf dem neu gebauten Parkplatz vor. Entlang der Bahnhofstraße sind ebenfalls Einstellplätze vorhanden.

Der Taxiverband hat nach Vorstellung der Variante -1 Ebene Akzeptanz signalisiert. Des Weiteren führt AL 66 aus, dass zzt. das Wegfahren in Richtung Stadtfeld noch komplizierter ist.

Dr. Scheidemann (Bg VI) informiert, bzgl. der Erich-Weinert-Straße wird die Höhe eingehalten. In der Hallischen Straße besteht zurzeit kein Verlangen aufgrund der Verkehrsbedeutung der

Straße. Bei der Variante der Bürgerinitiative werden die Mindestbreiten nicht eingehalten. Das Verkehrskonzept beinhaltet die Aussage, dass der Durchgangsverkehr geringer werden soll. Der Ziel- und Quellverkehr soll im Focus stehen.

Stadtrat Stage erhält Rederecht. Zunächst ist auch er der Auffassung, dass die Redezeitbegrenzung rechtlich zweifelhaft ist. Er sieht sich nicht in der Lage, zur architektonischen Gestaltung eine Entscheidung zu treffen. Insbesondere verweist er auf die Beschlussfolge zur DS0401/08, Pkt. 5, womit eine Kostenüberschreitung auf max. 10 % festgeschrieben wurde. Er hinterfragt die Notwendigkeit der Höhe von 4,50 m. Er zitiert auszugsweise Ausführungen des Eisenbahn Bundesamtes. Die StVO gibt dies ebenfalls nicht her. Wie werden die Betriebs- und Instandhaltungskosten geregelt? Er wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Dr. Scheidemann (Bg VI) geht insbesondere auf die Vertragsverhältnisse Stadt mit AGM/SWM ein. Nur zu Teilen können Folgekosten über Ablösekosten finanziert werden. Diese sind nicht Gegenstand der Kreuzungsvereinbarung. Das vorgetragene Zitat ist bekannt. Die Rechtsprechung, z. B. OVG Hamburg, verweist auf die anzuwendenden Regeln der Technik. Das Pflichtverlangen ergibt sich aus der Selbstbindung der Verwaltung auch aus anderen Brückenbauwerken.

Stadtrat Krause erhält das Wort. Er verweist auf mehr Transparenz und vermisst die Bürgereinbeziehung. Er ist gegen den Tunnel aus städtebaulicher Sicht. Mit dem Verkehrskonzept 1997 wurde die Innenstadt konzipiert. Durch das beabsichtigte Abkoppeln des Kölner Platzes wird der Personenverkehr seiner Meinung nach verschlechtert. Ziele wie Feinstaubminderung, Lärmbelästigung senken, Verkehrsflüssigkeit erhöhen, werden mit der Tunnelvariante nicht erreicht. Er sieht eine Verschlechterung der Aufenthaltsqualität. Für ihn sind Folgekosten, Auftrieb und die Wasserhaltung weitere Probleme.

Stadtrat Frank Schuster spricht sich für die Baumaßnahme aus. Die bisherige Diskussion macht ihn betroffen. Er verweist auf die bestehende Beschlusslage von 2006 bis heute. Er bittet SR Canehl, die Variante der Bürgerinitiative zu erläutern. Diese erfordert eine Weiße Wanne, da man mehr in die Tiefe gehen muss. Auch die 0-Variante bringt beim Bau Beeinträchtigungen für die Innenstadthändler. Die Tunnellösung ist nicht das Optimum, aber zukunftsweisend. Die Gestaltung sollte in weiteren Planungsphasen vorgestellt werden.

Stadtrat Grünwald führt aus, dass der Tunnel nur Sinn macht, wenn er durch die Innenstadt weiter geführt wird. Er sieht Existenzen gefährdet und fragt, wie das zu „befürchtende Bauchaos“ vermieden werden kann. Wer baut den Parkplatz „Konrad-Adenauer-Platz“? Wie wird der Tunnel belüftet?

Herr Gebhardt (AL 66) antwortet, Luftkanonen oder Lüfter sind aufgrund der Länge des Tunnels nicht erforderlich. Auf den Planunterlagen ist südlich des Konrad-Adenauer-Platzes die Möglichkeit aufgezeigt, den bestehenden Parkplatz zu erweitern. Die Baufeldfreimachung für die EÜ ERA beginnt 2010, ist aber für den Verkehr irrelevant. 2011 wird mit den Straßenbahngleisen begonnen.

Stadtrat Rohrßen fragt, ob, unterstellt, dass die Verkehrsbedeutung der Straße verringert wird, die Höhe von 4,50 m trotzdem zu fordern ist.

Herr Radetzky (DB Netz AG) sieht das klare „Verlangen müssen“. Der DB AG sind die vorhandenen 3,80 m ganz klar zu wenig.

Stadtrat Rohrßen fragt, ob auch mit der Straße tiefer gegangen werden kann?

Herr Radetzky erläutert, dass auf Basis von Fiktivlösungen der Kostenverteilungsschlüssel berechnet ist. Am Kostenteilungsschlüssel ändert sich nichts, egal wie die technische Lösung aussieht.

Stadtrat Rohrßen: Wie sicher sind Fördermittel? Wie ist die Verwendungszeit?

Dr. Scheidemann (Bg VI) antwortet, dass bereits 2013 die EU-Förderung endet aus der Kohäsionspolitik. Die Abrechnung muss bis 2015 erfolgen. Alle Großbauprojekte des Tiefbaubereiches wurden dem MLV zugearbeitet. Der Fördermittelgeber orientiert sich daran. Die Fördermittel gelten als gesichert.

Stadtrat Salzborn beginnt seine Ausführungen damit, dass ein Rückbau von Verkehrsinfrastruktur um imitierenden Verkehr, um Belastungen zu vermeiden, zu kurz gedacht ist. Der Ausbau ist für die nächsten 100 Jahre entscheidend.

Stadtrat Czogalla ist für den Tunnel. Er geht auf dessen Vorzüge insbesondere der niveaufreien Führung des Individualverkehrs ein. Auch mit der von der Verwaltung favorisierten Lösung wird Durchgangsverkehr verdrängt und das Innenstadtverkehrskonzept aus 1997 umgesetzt. Bereits vor 10 Jahren begannen die Variantendiskussionen. Damals wurden noch keine Finanzierungsmöglichkeiten gesehen. Mit der -1-Variante werden durchaus die Verflechtungen der unterschiedlichen Verkehrsträger verringert. Das gibt mehr Sicherheit und trägt zur Entschärfung bei. Konflikte werden verringert. Schwache Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger und Radfahrer werden sicherer geführt. Er verweist auf den Tunnel am Universitätsplatz und möchte damit auf die städtebauliche Verträglichkeit eines vergleichbaren Bauwerkes hinweisen. Auch hinsichtlich der Betriebskosten ist diese Variante die kostengünstigste Lösung. Die 1,6 Mio. € sind mit der Deckung aus den Ablösebeträgen finanzierbar.

Stadtrat H.J. Schuster findet die Diskussion und den Umgang miteinander bedauerlich. Der Austausch der Argumente findet Interesse bei den Bürgern. Die Meinungen der Stadträte stehen fest.

Stadtrat Krause hinterfragt noch einmal die Bauzeiten bei der Variante 0 plus.

Herr Gebhardt (AL 66) erläutert, dass die Variante nur bis zur Qualität einer Studie geplant wurde. Es sind jedoch mindestens gleiche Bauzeiten wie bei der Variante 3 zu erwarten. Da die Widerlager angefasst werden müssen, sind durchaus längere Bauzeiten möglich.

Stadtrat Stage trägt vor, dass seiner Kenntnis nach die Verschlechterung des Fuß- und Radverkehrs auch von Mitarbeitern der Dez. VI ähnlich gesehen wird.

Herr Gebhardt (AL 66) räumt ein, dass punktuelle Einengungen vorhanden sein werden. Darauf haben die involvierten Mitarbeiter der Fachämter hingewiesen. Auf der Grundlage der Variantenentscheidung werden die weiteren Planungsschritte wie das Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Gemäß bestehender Richtlinien sind jedoch die Breiten akzeptabel.

Stadtrat Rohrßen fragt, warum die rechte Fahrspur (Auffahrt zum Ring) und der Fahrstuhl am Kölner Platz entfallen?

Herr Gebhardt (AL 66) antwortet, dass trotzdem die Anbindung an den Magdeburger Ring bestehen bleibt. Die DB AG hält u.a. aufgrund von Vandalismus die Schaffung einer Treppenanlage für erforderlich.

19:15 Uhr Unterbrechung der öffentlichen Sitzung.

Herr Tuner von Pizza-Hut erhält das Wort. Er fragt, was mit den Firmen in 5 Jahren passiert? Die Standortschließung steht bevor. Magdeburg erzeugt seiner Überzeugung nach künstlich eine Krise.

Dr. Scheidemann (Bg VI) antwortet, dass die Kausalität eine andere ist. Die Stadt würde an dieser Stelle nichts machen, wenn die DB Netz AG nicht zwingend handeln müsste. Die Eisenbahnüberführung muss erneuert werden, d.h. die 0-Variante kommt sicher. Die -1-Variante könnte tatsächlich bzgl. der Gewerbetreibenden am Hauptbahnhof eine stärkere Belastung bedeuten. Hier wird aber an Lösungen zur Entschärfung gemeinsam mit allen Partnern gearbeitet.

19:25 Uhr Fortsetzung der öffentlichen Sitzung.

Der Vorsitzende lässt über die Drucksache abstimmen.

Abstimmung zur DS0266/09: 3-4-2 nicht empfohlen.

Stadtrat Canehl gibt eine persönliche Erklärung ab. Er zweifelt rechtlich das Verfahren der Befassung und Abstimmung an.

Dr. Scheidemann (Bg VI) erhält das Wort. Er stellt klar, dass die Verwaltung keinen eigenen Weg bestritten hat. Der Auftrag der Verwaltung war, die Variante 3 (-1-Variante) näher zu untersuchen. Die DS0266/09 ist das Ergebnis der Umsetzung dieses Auftrages vom Stadtrat an die Verwaltung. Die Verwaltung ist an die Beschlusslage des Stadtrates gebunden.

5.5. Widmung von Straßen im B-Plan-Gebiet 484-1 "Welsleber Straße" zu Gemeindestraßen
Vorlage: DS0260/09

Herr Gebhardt (AL 66) stellt kurz die Drucksache vor.

Abstimmung zur DS0260/09: 9 – 0 – 0

5.6. Widmung von Straßen im B-Plan-Gebiet 353-1, 2.Ä "Wanzleber Chaussee/ Königstraße" zu Gemeindestraßen
Vorlage: DS0262/09

Herr Gebhardt (AL 66) stellt kurz die Drucksache vor.

Abstimmung zur DS0262/09: 9 – 0 – 0

5.7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 205-2 "Steinkuhle Süd" im Teilbereich A und Vergrößerung des Geltungsbereichs
Vorlage: DS0057/09

Stadtrat Canehl stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Unterbrechung der öffentlichen Sitzung, um den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Abstimmung zum GO-Antrag: 7 – 0 – 2

Frau Bartel (Amt 61) bringt die Drucksache ein. Die Erweiterung des Geltungsbereiches um die Kleingartenanlage „Zilla“ soll erfolgen. Für die Unterbringung eines Marktes gibt es ein Gutachten. Es ist ermittelt, dass es für Stadtfeld-Ost eine Unterversorgung gibt. An den vorhandenen Versorgungsbereichen ist aufgrund der Bebauung und des Flächenpotenziales eine weitere Fläche für einen insgesamt 1.400er Markt nicht vorhanden. Verschiedene Szenarien wurden untersucht.

Stadtrat Krause fragt, wie die verkehrliche Anbindung vorgesehen ist?

Frau Bartel (Amt 61) führt aus, dass der Kreuzungsbereich Albert-Vater-Straße / An der Steinkuhle gerade baulich behandelt wurde. Es soll mit dieser Vorlage zunächst eine Planungsgrundlage geschaffen werden.

Stadtrat Grünwald fragt, wie das Hinterland angeschlossen werden soll.

Frau Bartel (Amt 61) erklärt, dass die Andienung nach wie vor über die Albert-Vater-Straße für die Gewerbetreibenden erfolgt. Die Wohnbebauung soll über die Steinkuhle erschlossen bleiben.

Stadtrat Canehl führt aus, dass hier ein autoorientierter 1.400er Markt entstehen soll und dies widerspricht den Gedanken des Stadtentwicklungskonzeptes. Vorhandene Versorger werden gefährdet. Er kann der Vorlage nicht zustimmen.

Für **Stadtrat F. Schuster** ist die verkehrstechnische Anbindung problematisch. Die Einsprüche sind durchaus berechtigt. Der Investor ist kein Unbekannter und den sollte man sicher auch pflegen. Er fragt, warum muss es ein 1.400er Markt sein?

Frau Bartel (Amt 61) antwortet, dass diese Marktgröße an die Verwaltung herangetragen wurde. Die Auswirkungen eines 800er und 1.400er Marktes sind untersucht.

Stadtrat Stage bestätigt, dass an der Motzstraße wohl offensichtlich und tatsächlich die Kaufkraft fehlt. Er hat jedoch auch große Probleme mit der Verkehrsanbindung.

19:45 Uhr Unterbrechung der öffentlichen Sitzung.

Frau Schnurr spricht für ihre Familie Koennecke. Der Komplex wurde in Abstimmung mit Rewe gebaut. Es wurde auf Verlangen der Bauverwaltung so gebaut. Sie sind bereit auch zu erweitern. Ihrer Ansicht nach gibt es keine Unterversorgung in Stadtfeld. Sie ist gegen das Bauvorhaben.

Herr Hoppe vertritt als Standortmanager die EDEKA Hannover. Die Entwicklungsmöglichkeiten sind stark eingegrenzt. Er befürchtet Umsatzverteilungen, die 15 % umfassen würden.

20:00 Uhr Fortsetzung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende lässt über die Drucksache abstimmen.

Abstimmung zur DS0057/09: 2 – 7 – 0

- 5.7.1. Information zur Drucksache DS0057/09 und Änderungsantrag DS0057/09/1 "Änderung des Bebauungsplanes Nr. 205-2 "Steinkuhle Süd" im Teilbereich A und Vergrößerung des Geltungsbereichs"
Vorlage: I0198/09
-

Die Information wurde in Verbindung mit TOP 5.7 behandelt.

Die Information wurde **zur Kenntnis genommen**.

- 5.8. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 237-2 "Zentraler Platz/Elbufer" im Teilbereich B
Vorlage: DS0122/09
-

Frau Bartel (Amt 61) bringt die Drucksache ein.

Herr Schube (Architekt) erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Umgestaltungspläne des ehemaligen Bauarbeiterhotels. Eine alleinige Sanierung des sehr gut vermieteten Bestandes der Wobau würde ca. 3 Mio. € erfordern. Das Parkplatzproblem wäre nicht lösbar. Mit der Neubebauung ist die Schaffung von Stellflächen durch das „Anschneiden“ des Hanges vorgesehen. Nur das Paket Sanierung im Komplex mit dem Neubau trägt sich wirtschaftlich.

Stadtrat Rohrßen fragt, wie viele Wohnungen und Stellplätze entstehen sollen?

Warum ist wiederum eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erfolgt, sondern § 13a BauGB angewandt worden? Wie sieht es mit der Rückzahlung von Fördermitteln aus? Ausgleichspflanzungen entfallen.

Herr Schube: 36 Wohnungen werden neu geschaffen. 84-86 Einstellparkplätze entstehen. Der Gesamtumfang der Investition der Wobau umfasst ca. 37 Mio. € für die Neubauten, ca. 3 Mio. € für die Sanierung im Bestand und 2 Mio. € für das Parken.

Dr. Scheidemann (Bg VI) geht auf das Regularium § 13a BauGB ein. Dies ist ein gezielt einzusetzendes Instrument und für Stadtumbauprozesse entwickelt worden. Es ermöglicht die Verdichtung der Innenstadt. Die betroffenen Grünflächen haben keine zentrale ökologische Bedeutung und zzt. keine Aufenthaltsqualität. Die Anwendung des §13a BauGB ist gerechtfertigt. Ziel der Stadt ist es, die Elbe mehr in den Blickpunkt zu rücken. Magdeburg ist in der Flächigkeit zu großzügig. Er räumt ein, dass der Entwurf Stärken und Schwächen hat.

Frau Sendt (Wobau) geht auf das erläuterte Finanzierungsmodell der Wobau nochmals ein und betont den unmittelbaren Zusammenhang der Maßnahmen. Die Schaffung von Einstellplätzen stützt die Finanzierung des Gesamtprojektes.

Stadtrat Krause wünscht sich einen stärkeren Kontrast zur vorhandenen Bebauung.

Stadtrat H. J. Schuster hat so seine Zweifel bzgl. einer spürbaren Verdichtung.

Abstimmung zur DS0122/09: 6 – 2 – 1

5.8.1. Power-Point-Präsentation "Wettbewerb-Zentraler Platz"

Die Erläuterungen wurden zur Kenntnis genommen.

- 5.9. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 206-2 "Lorenzweg/ Steinkuhle"
Vorlage: DS0232/09
-

Frau Lohr (Amt 61) steht für Nachfragen zur Verfügung.

Stadtrat Krause befürchtet, dass mit dem B-Plan die Wohnbebauung der privaten Gärten verhindert wird.

Frau Bartel (Amt 61) erhält das Wort und berichtet zum Abstimmungsstand. Die privaten Gärten sind nicht mehr im Plangebiet. Die Erschließung sollte durch die Gemeinschaft gesichert werden. Es wurde den Eigentümern geraten, sich zu einigen. Eine Geltungsbereichsanpassung wäre dann bei Bedarf vorstellbar.

Stadtrat Canehl fragt, ob die Gebäude ehemals Maculan in das Plangebiet einbezogen werden können.

Frau Gartemann (AL'in 63) berichtet, dass eine Einflussnahme auf den privaten Eigentümer dieser Flächen nicht möglich ist, auch wenn das Plangebiet erweitert würde. Es handelt sich um ein WA-Gebiet.

Abstimmung zur DS0232/09: 9 – 0 – 0

- 5.10. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 116-1 "Kannenstieg"
Vorlage: DS0235/09
-

vertagt

- 5.11. Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 230-2 "Nachnutzung Krankenhaus Altstadt"
Vorlage: DS0250/09
-

vertagt

- 5.12. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 230-2 "Krankenhaus Altstadt"
Vorlage: DS0251/09
-

vertagt

- 5.13. Behandlung der Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 367-1 "Straßenbau Diesdorf", einschließlich der ersatzweisen Planung nach § 28 Abs. 3 PbefG und der durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfung für das Straßenbahnbauprojekt
Vorlage: DS0258/09
-

vertagt

- 5.14. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 367-1 "Straßenbau Diesdorf", einschließlich der ersatzweisen Planung nach § 28 Abs. 3 PbefG und der durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfung für das Straßenbahnbauprojekt
Vorlage: DS0259/09
-

vertagt

- 5.15. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 142-1 "Othrichstraße/ Resewitzstraße"
Vorlage: DS0261/09
-

vertagt

- 5.15.1. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 142-1 "Othrichstraße/ Resewitzstraße"
Vorlage: DS0261/09/1
-

vertagt

- 5.16. Aufstellung und Entwurf des einfachen Bebauungsplanes Nr. 137-1 "Hundisburger Straße"
Vorlage: DS0276/09
-

vertagt

- 5.17. Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 103-7 "August-Bebel-Damm/ nördlich Hohenwarther Straße"
Vorlage: DS0330/09
-

vertagt

- 5.18. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 111-5 "Milchweg/ Birkenweiler 4. Gartenweg"
Vorlage: DS0331/09
-

vertagt

- 5.19. Stellungnahme zur Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes LSA über die überörtliche Prüfung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 29. Mai 2009
Vorlage: DS0332/09
-

Dr. Scheidemann (Bg VI) bringt die Drucksache ein.

Stadtrat Czogalla hinterfragt den Verfahrensstand zu den Zinsforderungen.

Dr. Scheidemann (Bg VI) erläutert, dass eine unverzügliche Ausgabe der Fördermittel teilweise in den Anfangsjahren nicht realisierbar war. Die Rechtsauffassung der Stadt ist in der Stellungnahme zum Prüfbericht formuliert.

Abstimmung zur DS0332/09: 9 – 0 – 0

- 5.20. Grundsatzbeschluss für die Antragstellung zur Aufnahme der Neustadt in das Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die soz. Stadt"
Vorlage: DS0355/09
-

vertagt

6. Anträge

- 6.1. Parkplätze Klinikum Olvenstedt
Vorlage: A0248/08
-

vertagt

- 6.1.1. Parkplätze Klinikum Olvenstedt
Vorlage: A0248/08/1
-

vertagt

- 6.1.2. Parkplätze Klinikum Olvenstedt
Vorlage: A0248/08/2
-

zurückgestellt

- 6.1.3. Parkplätze Klinikum Olvenstedt
Vorlage: S0047/09
-

vertagt

- 6.2. Aussetzen der Umstellung des Sammelsystems der Wertstoffentsorgung
Vorlage: A0152/09
-

vertagt

- 6.2.1. Aussetzen der Umstellung des Sammelsystems der Wertstoffentsorgung
Vorlage: S0261/09
-

vertagt

- 6.3. Sanierung der Humboldt-Sporthalle
Vorlage: A0103/09
-

vertagt

- 6.3.1. Sanierung der Humboldt-Sporthalle
Vorlage: S0153/09
-

vertagt

- 6.4. Rekonstruktion in der KJFE "Banane"
Vorlage: A0049/09
-

vertagt

- 6.4.1. Rekonstruktion in der KJFE "Banane"
Vorlage: S0125/09
-

vertagt

- 6.5. Abbau der Lichtsignalanlage Kreuzung Breiter Weg/Julius-
Bremer-Straße
Vorlage: A0140/09
-

vertagt

- 6.5.1. Abbau der Lichtsignalanlage Kreuzung Breiter Weg/Julius-
Bremer-Straße
Vorlage: S0241/09
-

vertagt

7. Informationen

- 7.1. Aufgabenstellung für die EU-weite Ausschreibung der Planungs-
leistungen für eine neue Elbquerung zwischen dem Stadtzentrum
den ostelbischen Stadtteilen im Bereich der Zollelbe und Alten
Elbe
Vorlage: I0207/09
-

vertagt

- 7.2. Förderprogramm Soziale Stadt Kannenstieg/Neustädter See, Pla-
nung und Gestaltung des südwestlichen Seeufers und Integration
der östlichen Salvador-Allende-Straße
Vorlage: I0165/09
-

vertagt

8. Mitteilungen und Anfragen

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Olaf Czogalla
Vorsitzende/r

Corinna Nürnberg Anja Schulze
Schriftführer/in